



§ 1906 BGB – Geltende Fassung	§ 1906 BGB – Neue Fassung
<p>(3) Der Betreuer hat die Unterbringung zu beenden, wenn ihre Voraussetzungen wegfallen. Er hat die Beendigung der Unterbringung dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen.</p>	<p><b>(3) Widerspricht eine ärztliche Maßnahme nach Absatz 1 Nummer 2 dem natürlichen Willen des Betreuten (ärztliche Zwangsmaßnahme), so kann der Betreuer in sie nur einwilligen, wenn</b></p>
	<p><b>1. der Betreute auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann,</b></p>
	<p><b>2. zuvor versucht wurde, den Betreuten von der Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme zu überzeugen,</b></p>
	<p><b>3. die ärztliche Zwangsmaßnahme im Rahmen der Unterbringung nach Absatz 1 zum Wohl des Betreuten erforderlich ist, um einen drohenden erheblichen gesundheitlichen Schaden abzuwenden,</b></p>
	<p><b>4. der erhebliche gesundheitliche Schaden durch keine andere den Betreuten zumutbare Maßnahme abgewendet werden kann und</b></p>
	<p><b>5. der zu erwartende Nutzen der ärztlichen Zwangsmaßnahme die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegt.</b></p>
	<p><b>§ 1846 ist nur anwendbar, wenn der Betreuer an der Erfüllung seiner Pflichten verhindert ist.</b></p>
	<p><b>(3 a) Die Einwilligung in die ärztliche Zwangsmaßnahme bedarf der Genehmigung des Betreuungsgerichts. Der Betreuer hat die Einwilligung in die ärztliche Zwangsmaßnahme zu widerrufen, wenn ihre Voraussetzungen wegfallen. Er hat den Widerruf dem Betreuungsgericht anzuzeigen.</b></p>

Stadt Bielefeld - Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Örtliche Betreuungsbehörde/Betreuungsstelle – 500.32

§ 1906 BGB – Geltende Fassung	§ 1906 BGB – Neue Fassung
<p>(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn dem Betreuten, der sich in einer Anstalt, einem Heim oder einer sonstigen Einrichtung aufhält, ohne untergebracht zu sein, durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig die Freiheit entzogen werden soll.</p>	<p>(4) Die Absätze <b>1 und 2</b> gelten entsprechend, wenn dem Betreuten, der sich in einer Anstalt, einem Heim oder einer sonstigen Einrichtung aufhält, ohne untergebracht zu sein, durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig die Freiheit entzogen werden soll.</p>
<p>(5) Die Unterbringung durch einen Bevollmächtigten und die Einwilligung eines Bevollmächtigten in Maßnahmen nach Absatz 4 setzt voraus, dass die Vollmacht schriftlich erteilt ist und die in den Absätzen 1 und 4 genannten Maßnahmen ausdrücklich umfasst. Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.</p>	<p><b>(5) Die Unterbringung durch einen Bevollmächtigten und die Einwilligung eines Bevollmächtigten in Maßnahmen nach den Absätzen 3 und 4 setzen voraus, dass die Vollmacht schriftlich erteilt ist und die in den Absätzen 1, 3 und 4 genannten Maßnahmen ausdrücklich umfasst. Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.</b></p>

FamFG <sup>1</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
<p><b>§ 312 FamFG – Unterbringungssachen</b> Unterbringungssachen sind Verfahren, die</p>	<p><b>§ 312 FamFG - Unterbringungssachen</b> Keine Änderung</p>
<p>1. die Genehmigung einer freiheitsentziehenden Unterbringung eines Betreuten ( § 1906 Abs. 1 bis 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ) oder einer Person, die einen Dritten zu ihrer freiheitsentziehenden Unterbringung bevollmächtigt hat ( § 1906 Abs. 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ),</p>	<p>1. die Genehmigung einer freiheitsentziehenden Unterbringung <b>und die Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztlichen Zwangsmaßnahme</b> (§ 1906 Abs. <b>1 bis 3 a</b> des Bürgerlichen Gesetzbuchs) eines Betreuten oder einer Person, die einen Dritten <b>dazu</b> bevollmächtigt hat (§ 1906 Abs. 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ),</p>

<sup>1</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

Stadt Bielefeld - Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Örtliche Betreuungsbehörde/Betreuungsstelle – 500.32

FamFG <sup>2</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
2. die Genehmigung einer freiheitsentziehenden Maßnahme nach § 1906 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder	Keine Änderung
3. eine freiheitsentziehende Unterbringung eines Volljährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker	3. eine freiheitsentziehende Unterbringung <b>und eine ärztliche Zwangsmaßnahme</b> eines Volljährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker
betreffen.	Keine Änderung
	<b>Auf die ärztliche Zwangsmaßnahme finden die für die Unterbringung in diesem Abschnitt geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung, soweit nichts anderes bestimmt ist. Bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme ist die Bestellung eines Verfahrenspflegers stets erforderlich.</b>
<b>§ 321 FamFG – Einholung eines Gutachtens</b>	<b>§ 321 FamFG – Einholung eines Gutachtens</b>
(1) Satz 1 Vor einer Unterbringungsmaßnahme hat eine förmliche Beweisaufnahme durch Einholung eines Gutachtens über die Notwendigkeit der Maßnahme stattzufinden. Der Sachverständige hat den Betroffenen vor der Erstattung des Gutachtens persönlich zu untersuchen oder zu befragen. Das Gutachten soll sich auch auf die voraussichtliche Dauer der Unterbringung erstrecken. Der Sachverständige soll Arzt für Psychiatrie sein; er muss Arzt mit Erfahrung auf dem Gebiet der Psychiatrie sein.	Keine Änderung Satz 1

<sup>2</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

FamFG <sup>3</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
	<p><b>Neuer Satz 2:</b></p> <p><b>Bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme oder bei deren Anordnung soll der Sachverständige nicht der zwangsbehandelnde Arzt sein.</b></p>
(2) Für eine Maßnahme nach § 312 Nr. 2 genügt ein ärztliches Zeugnis.	Keine Änderung
<b>§ 323 FamFG - Inhalt der Beschlussformel</b>	
Die Beschlussformel enthält im Fall der Genehmigung oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme auch	<b>(1) Die Beschlussformel enthält im Fall der Genehmigung oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme auch</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. die nähere Bezeichnung der Unterbringungsmaßnahme sowie</li> <li>2. den Zeitpunkt, zu dem die Unterbringungsmaßnahme endet.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. die nähere Bezeichnung der Unterbringungsmaßnahme sowie</b></li> <li><b>2. den Zeitpunkt, zu dem die Unterbringungsmaßnahme endet.</b></li> </ol>
	<b>(2) Die Beschlussformel enthält bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme oder bei deren Anordnung auch Angaben zur Durchführung und Dokumentation dieser Maßnahme in der Verantwortung eines Arztes.</b>

<sup>3</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

FamFG <sup>4</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
<b>§ 329 FamFG - Dauer und Verlängerung der Unterbringung</b>	<b>§ 329 FamFG - Dauer und Verlängerung der Unterbringung</b>
<p>(1) Die Unterbringung endet spätestens mit Ablauf eines Jahres, bei offensichtlich langer Unterbringungsbedürftigkeit spätestens mit Ablauf von zwei Jahren, wenn sie nicht vorher verlängert wird.</p>	<p>(1) Die Unterbringung endet spätestens mit Ablauf eines Jahres, bei offensichtlich langer Unterbringungsbedürftigkeit spätestens mit Ablauf von zwei Jahren, wenn sie nicht vorher verlängert wird. <b>Die Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme oder deren Anordnung darf die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten, wenn sie nicht vorher verlängert wird.</b></p>
<p>(2) Für die Verlängerung der Genehmigung oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme gelten die Vorschriften für die erstmalige Anordnung oder Genehmigung entsprechend. Bei Unterbringungen mit einer Gesamtdauer von mehr als vier Jahren soll das Gericht keinen Sachverständigen bestellen, der den Betroffenen bisher behandelt oder begutachtet hat oder in der Einrichtung tätig ist, in der der Betroffene untergebracht ist.</p>	<p>Keine Änderung</p>
	<p><b>(3) Bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme oder deren Anordnung mit einer Gesamtdauer von mehr als zwölf Wochen soll das Gericht keinen Sachverständigen bestellen, der den Betroffenen bisher behandelt oder begutachtet hat oder in der Einrichtung tätig ist, in der der Betroffene untergebracht ist.</b></p>

<sup>4</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

FamFG <sup>5</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
<b>§ 331 FamFG - Einstweilige Anordnung</b>	<b>§ 331 FamFG - Einstweilige Anordnung</b>
<p>Das Gericht kann durch einstweilige Anordnung eine vorläufige Unterbringungsmaßnahme anordnen oder genehmigen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. dringende Gründe für die Annahme bestehen, dass die Voraussetzungen für die Genehmigung oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme gegeben sind und ein dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden besteht,</li> <li>2. ein ärztliches Zeugnis über den Zustand des Betroffenen vorliegt,</li> <li>3. im Fall des § 317 ein Verfahrenspfleger bestellt und angehört worden ist und</li> <li>4. der Betroffene persönlich angehört worden ist.</li> </ol>	<p>Das Gericht kann durch einstweilige Anordnung eine vorläufige Unterbringungsmaßnahme anordnen oder genehmigen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. dringende Gründe für die Annahme bestehen, dass die Voraussetzungen für die Genehmigung oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme gegeben sind und ein dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden besteht,</li> <li>2. ein ärztliches Zeugnis über den Zustand des Betroffenen <b>und über die Notwendigkeit der Maßnahme</b> vorliegt; <b>in den Fällen des § 312 Nummer 1 und 3 muss der Arzt, der das ärztliche Zeugnis erstellt, Erfahrung auf dem Gebiet der Psychiatrie haben und soll Arzt der Psychiatrie sein,</b></li> <li>3. im Fall des § 317 ein Verfahrenspfleger bestellt und angehört worden ist und</li> <li>4. der Betroffene persönlich angehört worden ist.</li> </ol>
Eine Anhörung des Betroffenen im Wege der Rechtshilfe ist abweichend von § 319 Abs. 4 zulässig.	Keine Änderung

<sup>5</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

FamFG <sup>6</sup> – geltende Fassung	FamFG - Neue Fassung
<b>§ 333 FamFG - Dauer der einstweiligen Anordnung</b>	<b>§ 333 FamFG - Dauer der einstweiligen Anordnung</b>
Die einstweilige Anordnung darf die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. Reicht dieser Zeitraum nicht aus, kann sie nach Anhörung eines Sachverständigen durch eine weitere einstweilige Anordnung verlängert werden. Die mehrfache Verlängerung ist unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 zulässig. Sie darf die Gesamtdauer von drei Monaten nicht überschreiten. Eine Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens (§ 322) ist in diese Gesamtdauer einzubeziehen.	<b>(1) Die einstweilige Anordnung darf die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. Reicht dieser Zeitraum nicht aus, kann sie nach Anhörung eines Sachverständigen durch eine weitere einstweilige Anordnung verlängert werden. Die mehrfache Verlängerung ist unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 zulässig. Sie darf die Gesamtdauer von drei Monaten nicht überschreiten. Eine Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens (§ 322) ist in diese Gesamtdauer einzubeziehen.</b>
	<b>(2) Die einstweilige Anordnung darf bei der Genehmigung einer Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme oder deren Anordnung die Dauer von zwei Wochen nicht überschreiten. Bei mehrfacher Verlängerung darf die Gesamtdauer sechs Wochen nicht überschreiten.</b>
<b><u>Nachrichtlich:</u></b>	
Ohne weitere Relevanz für den kommunalen Bereich in den örtlichen Betreuungsbehörden:	
Redaktionelle Änderungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• in der Vorsorgeregister-Verordnung;</li> <li>• im Erwachsenenschutzübereinkommens-Ausführungsgesetz;</li> <li>• im Rechtspflegergesetz (Inkrafttreten erst am 01.01.2018)</li> </ul>	

Bielefeld, 21.01.2013

*D. Moritz*

<sup>6</sup> Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)